



KOLUMNE der DFG

10. Oktober 2022

Liebe Mitglieder,

Die Europäische Politische Gemeinschaft – ein nützliches Gesprächsformat?

Der französische Staatspräsident hatte im Frühjahr eine neue Institution vorgeschlagen, in der sich europäische Staaten ohne EU-Mitgliedschaft wiederfinden können. Der deutsche Bundeskanzler hatte diesen Vorschlag begrüßt, allerdings sollte dies ein Gesprächsformat sein und nicht ein Ersatz für die Mitgliedschaft in der Union. Nun ist die Idee schneller als erwartet auf den Weg gebracht worden.

Am Vorabend des EU-Gipfels in Prag trafen sich dort insgesamt 44 Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie von 17 weiteren Staaten in Europa, darunter die Westbalkan-Staaten, die Türkei, aber auch die Ukraine, Moldau und die beiden verfeindeten Nachbarstaaten Aserbaidjan und Armenien. Auch die Premierministerin Großbritanniens, die kurz zuvor noch gewarnt hatte zu „labern“, wie sie sich ausdrückte, gab sich die Ehre. Damit waren neben der offenbar bei allen derartigen Treffen unvermeidlichen EU-Doppelspitze bis auf die sechs „Zwergstaaten“ Andorra, Monaco, San Martino, Liechtenstein und den Sonderfall Vatikanstaat alle europäischen Staaten vertreten. Alle? Nein, zwei fehlten, Russlands Putin und seine Marionette aus Belarus waren erst gar nicht eingeladen worden. Der ukrainische Präsident wurde vom Ministerpräsidenten vertreten, sprach aber per Video zu den Teilnehmern und forderte Sicherheitsgarantien.

Ziel dieses neuen Formats ist ein besserer Austausch zwischen der EU und ihren 17 Nachbarn. Macron gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die neue Gemeinschaft alle sechs Monate treffen und gemeinsame Projekte entwickeln werde. Auf ihrer ersten Sitzung wurden zwar auch die Energiekrise und Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung erörtert, im Zentrum stand aber erwartungsgemäß der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Zwar gab es keine gemeinsame Schlusserklärung – dies war auch nicht geplant und ist bis auf Weiteres auch bei kommenden Treffen dieser Art nicht vorgesehen – dennoch sah sich Russland bis auf seinen Vasallen in Minsk in Europa isoliert. Allerdings dürfte die Tatsache, dass unter den 17 Nicht-EU-Staaten einige sind, die die Sanktionen gegen Russland nicht mittragen wie die Türkei oder Serbien, künftige Treffen belasten, zumal der ungarische Populist und Ministerpräsident des EU-Mitglieds Ungarn, Orban, ähnliche Pläne zu hegen scheint.

Bemerkenswert an dem Treffen war auch die Teilnahme zerstrittener oder gar miteinander im Krieg befindlicher Nachbarn. So nutzte der französische Präsident deren Präsenz zu Vermittlungsgesprächen mit den Präsidenten von Armenien und Aserbaidjan, die sich laut „Le Monde“ im Anschluss daran „bei einer Flasche Lagavulin-Whisky“ weiter besprachen. Nicht ganz soweit führten gemeinsame Vermittlungsversuche Macrons und des deutschen Bundeskanzlers in Gesprächen mit den Präsidenten Serbiens und des Kosovo, die sich aber nicht zu einer gemeinsamen Aussprache bereit zeigten. Scholz betonte, Gespräche ohne Tagesordnung und Zwang zu Beschlüssen seien gut für den Frieden und könnten die Beziehungen zu den Nachbarn verbessern.

Interessant war auch die Teilnahme des aus der EU ausgetretenen Vereinigten Königreichs. MP Truss schien sich davon nicht nur eine Ablenkung von dem von ihr selbst mitverursachten innenpolitischen Desaster zu versprechen, sondern suchte offenbar auch eine neue Rolle für Großbritannien in Europa, wie ihr manifestes Interesse zeigte, das nächste Treffen zu organisieren. Es wurde aber beschlossen, sich im Mai kommenden Jahres in der von Russland bedrohten ehemaligen Sowjetrepublik Moldau wieder zu treffen. Großbritannien könnte dann nach Spanien das vierte Treffen leiten, wenn es 2024 denn noch stattfindet. Das wird nicht zuletzt davon abhängen, ob alle Teilnehmerstaaten ihre politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen in einem solchen Format langfristig gut aufgehoben finden.

Dr. Rainald Steck, Vizepräsident

Kolumne 06.2022